Tripolis und die ratlose internationale Gemeinschaft; Für das Chaos in Libyen gibt es keine schnellen Lösungen - und schon gar keine, die von aussen forciert werden können. Blinder Aktivismus des Westens schadet mehr, als er hilft.

Von Wolfram Lacher

Westliche Regierungen haben mit zunehmender Ratlosigkeit beobachtet, wie im Laufe des letzten Jahres in Libyen Milizen einen Grossteil der Erdölproduktion lahmlegten, in mehreren Provinzen heftige Kämpfe ausbrachen und der politische Prozess zum Stillstand kam. Nun berät die internationale Gemeinschaft auf einer Konferenz in Rom am 6. März darüber, welche Massnahmen zur Stabilisierung getroffen werden können. Aber die Lage ist denkbar schlecht. Die Regierung von Ministerpräsident Ali Zaidan hat keinerlei Fortschritte im Wiederaufbau des Sicherheitssektors gemacht. Stattdessen haben lokale Milizen ihre Position gefestigt. Das ermöglicht es auch kriminellen Netzwerken und Extremisten, sich auszubreiten. Das Destabilisierungspotenzial, das von Libyen für die Nachbarstaaten und Südeuropa ausgeht, dürfte in den nächsten Jahren noch ansteigen.

Ohnmächtige Regierung

Das politische Klima in Tripolis ist zunehmend vergiftet. Gewalt in Form von Entführungen, Angriffen auf Fernsehsender oder der Besetzung von Ölfeldern ist zu einem alltäglichen Mittel politischer Einflussnahme geworden. Die Grabenkämpfe der im Nationalkongress vertretenen Lager haben den politischen Prozess in eine tiefe Legitimitätskrise geführt. Die Regierung steht seit Monaten auf der Kippe. Für die Wahlen zum verfassunggebenden Komitee am 20. Februar registrierte sich nur ein Drittel der Wahlberechtigten. Ethnische Minderheiten boykottierten die Wahlen. Das Desinteresse am Verfassungsprozess spiegelt einen allgemeinen Verlust des Vertrauens in den politischen Prozess wider. Die entscheidenden Machtkämpfe werden offensichtlich nicht in Konferenzräumen, sondern in den Rivalitäten um die Kontrolle des Sicherheitssektors, von Grenzabschnitten und Ölfeldern ausgetragen. Die postrevolutionären Kräfteverhältnisse sind bei weitem noch nicht geregelt.

Die Regierung ist kein Akteur in diesen Machtkämpfen, sondern ihr Schauplatz. Vertreter einzelner Städte, Stämme, Geschäftsinteressen und verschiedener islamistischer Tendenzen kontrollieren einzelne Ministerien - und alle haben Verbindungen zu bewaffneten Gruppen. Der Sicherheitssektor besteht aus Einheiten, die jeweils ihre eigenen politischen Interessen vertreten. Die Grenzen zwischen offiziell anerkannten Milizen und der eigentlichen Armee sind längst verschwommen.

Westliche Regierungen hatten sich nach dem erfolgreichen Sturz des Gadhafi-Regimes zunächst zurückgezogen, in der Hoffnung, ein von innen geleiteter Übergangsprozess hätte breitere Legitimität und somit bessere Erfolgsaussichten. Je tiefer Libyen anschliessend in der Krise versank, desto öfter hiess es in westlichen Hauptstädten, nun müsse man stärkere Unterstützung leisten. Doch wie unterstützt man eine Regierung, die keine ist? Wie hilft man beim Aufbau der Armee, wenn nicht entschieden ist, wer sie kontrollieren soll?

Die Staatengemeinschaft hat keine schlüssige Antwort auf diese Fragen. Das hindert sie jedoch nicht daran, Aktivismus zu zeigen. So haben die USA, Grossbritannien und Italien mit einem grossangelegten Programm militärischer Ausbildung begonnen. Insgesamt sollen so aus 15 000 Rekruten Soldaten werden. Doch niemand weiss, unter wessen Kontrolle diese Soldaten stehen werden. Ministerpräsident Zaidan und sein Verteidigungsminister streiten sich mit dem Parlamentspräsidenten und dem Stabschef darum, wer über Militäreinsätze entscheidet. Die Einheiten, die bisher auf Bitte oder mit Zustimmung der Regierung in Konflikte eingegriffen haben, sind aus den revolutionären Brigaden einzelner Städte entstanden. Sie können handeln, weil sie eine politische Basis und klare Ziele haben - im Gegensatz zur Regierung. Dieser mangelt es nicht an geschulten Soldaten, sondern an Entscheidungskraft und der politischen Rückendeckung, um Sicherheit zu schaffen. Daran wird die Ausbildungshilfe nichts ändern.

Hilferufe und Paranoia

Grosses Thema der kommenden Konferenz werden Entwaffnung und die Sicherung von Waffen- und Munitionsbeständen sein. Dass die Verbreitung von Waffen und Munition dringend angegangen werden muss, steht ausser Zweifel. Doch klaffen die Pläne westlicher Regierungen und realistische Ansätze vor Ort weit auseinander. Keine Miliz übergibt der Regierung ihr Arsenal, solange nicht klar ist, wessen Interessen diese Regierung vertritt. Eine provisorische Lösung bestünde darin, die Milizen für Bestände unter ihrer Kontrolle verantwortlich zu machen und sie zur Kooperation mit den Behörden

zu bewegen. Aber solche Ansätze eignen sich nicht für grosse Ankündigungen auf internationalen Konferenzen.

Angesichts der Ratlosigkeit mehren sich Rufe nach unilateralen Schritten des Westens. Der Stabschef der französischen Armee dachte im Januar laut über eine internationale Intervention in Südlibyen nach. Seit Monaten wird die Rolle dieser Region als Rückzugsgebiet für Jihadisten in französischen Medien aufgebauscht. Doch externe Interventionen würden in Libyen auf breite Ablehnung stossen und mehr Probleme schaffen als lösen. Schon die Entführung des mutmasslichen al-Kaida-Mitglieds Libi in Tripolis durch die USA hatte im Oktober 2013 die Regierung Zaidan fast zu Fall gebracht. In Libyen ist die Einstellung gegenüber der Rolle westlicher Regierungen oft schizophoren: Einerseits wird nach stärkerer Unterstützung für den Staatsaufbau gerufen, andererseits werden hinter allen Konflikten des Landes ausländische Machenschaften vermutet. Diskrete Unterstützung durch Fachkompetenz und Beratung ist und bleibt das Richtige. Vor allem sollte vermieden werden, dass externe Hilfe als parteiisch angesehen wird. Für Libyens Probleme gibt es keine schnellen Lösungen - nur begrenzte Möglichkeiten, einen langwierigen, instabilen und ergebnisoffenen politischen Prozess zu unterstützen.

Wolfram Lacher ist Politikwissenschaftler und Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin